

Gemeinsam mit dem Deutschen Tierschutzbund und einer Delegation aus politischen Vertretern des deutschen Bundestages organisierten wir im Mai 2018 erneut eine Bürgermeisterkonferenz zum Thema flächendeckender Kastration aller Hunde und Katzen, insbesondere aller Besitzerhunde im Hinblick auf das seit 2014 landesweit bestehende Registrations- und Kastrationsgesetz. (Gesetz 258/2013, Novellierung von 2014 Artikel 13.2)

THOMAS SCHRÖDER, DER PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN TIERSCHUTZBUNDES, wies in der am 07. Mai 2018 stattgefundenen Bürgermeisterkonferenz die anwesenden Bürgermeister nachdrücklich darauf hin, dass ausschließlich die Kastration der Tiere die einzige zielführende und effektive Lösung ist. Die Tötung sei eine optische Täuschung und führt zu keiner nachhaltigen Reduktion der Straßenhunde.

ANETTE KRAMME, PARLAMENTARISCHE STAATSSEKRETÄRIN BEIM BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALES, kritisierte diplomatisch das Nichteinhalten des bestehenden Gesetzes hinsichtlich der Registrierung und Kastration aller Besitzer-Hunde (ausgenommen Rassehunde). Es sei Aufgabe der Kommune oder der jeweiligen Stadt, die Registrierung und das Kastrieren der Besitzerhunde zu bewerben,

das Gesetz umzusetzen und die Nichtbeachtung entsprechend zu melden und in Folge dessen zu sanktionieren.

UTE VOGT, MITGLIED DES BUNDESTAGES UND STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DER BUNDESTAGSFRAKTION, wies auch von ihrer Seite erneut darauf hin, dass zum einen das Ignorieren der Straßenhundeüberpopulation als auch die Tötung keine Lösung sei und lud die Bürgermeister ein, sich unsere Arbeit vor Ort anzusehen, um sich speziell über unser Angebot der kostenlosen Kastration zu informieren.

MATTHIAS SCHMIDT, 1. VORSITZENDER DER TIERHILFE HOFFNUNG, erläuterte im Anschluss das konkrete Hilfsangebot der Kastrationen, die zum einen in der Tierarztpraxis der Smeura oder vor Ort in der jeweiligen Stadt im Kastrationsmobil durchgeführt werden und demonstrierte anhand mehrerer Beispiele, inwieweit die Kastrationskampagnen in den jeweiligen Dörfern und Gemeinden bereits umgesetzt wurden.

ANDREA FURLER-MIHALI, TIERÄRZTIN UND WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN TIERSCHUTZBUNDES, zeigte anhand der Vermehrungspyramide ein realistisches Beispiel über die rasante Vermehrung nicht kastrierter Tiere.









Nach den Redebeiträgen folgte eine Präsentation über unsere Kastrationsarbeit und über bereits stattgefundene, erfolgreiche Kastrationsaktionen aus den vergangenen Jahren. Bei der anschließenden Diskussion nutzten einige Bürgermeister die Chance, offene Fragen zu klären und zu unserer besonderen Freude konnten wir mit der Gemeinde Teiu bereits an diesem Tag erste Termine zu einer Kastrationsaktion vereinbaren.

Enttäuschenderweise stießen wir nicht nur auf Zustimmung. Einige Vertreter der Stadträte zeigten deutlich, dass sie wenig Interesse an einer Zusammenarbeit mit Tierschützern haben und vielmehr – vermutlich nicht zuletzt aus korrupter Denkweise – ihre stadteigenen Tötungsstationen weiterhin betreiben wollen. Zum Ende der dreitägigen Delegationsreise stand ein Termin beim deutschen Botschafter Cord Maier-Klodt auf der Tagesordnung. Anette Kramme verwies zu Beginn auf das bestehende Gesetz zur Kastration und kritisierte den tierschutzwidrigen Umgang mit den Straßenhunden.

Seitens Thomas Schröder und Matthias Schmidt wurden Lösungsvorschläge vorgetragen, wie man zielführend und effektiv durch landesweite flächendeckende Kastrationen der Straßenhundeüberpopulation entgegenwirken kann und muss. Des Weiteren wurde mit Herrn Botschafter Meier-Klodt über das Wiederfreilassen von kastrierten Hunden gesprochen. Der zuständige Leiter für Justizangelegenheiten sowie das Presse- und Kulturreferat werden das in die deutsche Sprache übersetzte Tötungsgesetz juristisch prüfen.

WIR WERDEN NICHT
NACHLASSEN UND AUF
ALLEN EBENEN WEITER
DARUM KÄMPFEN, DASS
RUMÄNIENS POLITIKER
VERANTWORTUNG FÜR
DIE STRABENHUNDE
ÜBERNEHMEN UND DIE
EINZIG HUMANE UND
NACHHALTIGE STRATEGIE
ANSTREBEN, UM DIE
ÜBERPOPULATION EINZUDÄMMEN, NÄMLICH
DIE FLÄCHENDECKENDE
KASTRATION.